



Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Vernehmlassungen
Bundesgasse 3
3003 Bern

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bern, 17 April 2015

Vernehmlassungsantwort zu den gesetzlichen Grundlagen für die Einführung des automatischen Informationsaustausches in Steuersachen

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Geschätzte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Unterlagen in diesem Vernehmlassungsverfahren zum Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch (AIA), die multilaterale Vereinbarung über den AIA sowie die Umsetzung des Übereinkommens des Europarates und der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen. Wir nehmen gerne dazu Stellung.

Die SP Schweiz hat sich frühzeitig dafür eingesetzt, dass die Schweiz die Zeichen der Zeit anerkennt und mit der Europäischen Union Verhandlungen über einen AIA aufnehmen soll. So wurde dazu bereits am 17. März 2010 die Fraktionsmotion [10.3150](#) „Informationsaustausch gemäss EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie und Marktzugang“ eingereicht und das Anliegen aufgrund der ablehnenden Haltung von Bundesrat und Parlament am 14. März 2012 ([12.3160](#) „Automatischer Informationsaustausch und Dienstleistungsabkommen“), am 15. März 2012 ([12.3179](#) „Automatischer Informationsaustausch in Steuersachen. Bericht“) und 25. September 2012 ([12.3780](#) „Ein sicheres und sauberes Fundament für die Zukunft des Finanzplatzes Schweiz“) erneut vorgebracht.

Das uneinsichtige Festhalten an einer international mit gutem Recht verpönten und zunehmend nicht mehr geduldeten Finanzmarktpolitik hatte die Schweiz isoliert sowie auf schwarze und graue Listen gebracht. Zudem versäumte es die Schweiz leider zu lange diese Entwicklung zu mehr Transparenz und Steuerkonformität mitzugestalten und agiert vielmehr seit längerem permanent unter internationalem Druck.

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Spitalgasse 34
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

Entsprechend begrüsst die SP Schweiz den endlich erfolgten Kurswechsel, wie er auch durch die Expertengruppe Brunetti mit ihrem Bericht [„Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie“](#) am 13. Juni 2013 vorgeschlagen worden ist. Der AIA ist ein wichtiges Instrument für die internationalen Bemühungen zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Steuerhinterziehung. Zu Recht besteht international gegenüber der Schweiz die Erwartung, dass der AIA rasch umgesetzt wird. Es hätte der Schweiz gut gestanden, bereits bei der Staatengruppe der Early Adopters mit dabei zu sein, die bereits 2017 (statt 2018) den ersten Datenaustausch beabsichtigen. Es ist indes ein gutes Zeichen, dass am 3. März 2015 mit Australien die erste konkrete Erklärung zur Einführung des AIA von Daten über Finanzkonten auf Basis des multilateralen Übereinkommens von Europarat und OECD unterzeichnet worden ist. Die SP unterstützt das Anliegen des Bundesrates, nun mit den vorliegenden Übereinkommen und Vorlagen möglichst schnell die Rechtsgrundlagen für den AIA zu schaffen.

Die internationalen Bemühungen, mit Transparenz zu verhindern, dass Steuersubstrat im Ausland vor dem Fiskus versteckt werden kann, sollte aber auch zum Anlass genommen werden, im Inland zu handeln. Es ist nicht haltbar, dass international der AIA in Steuersachen eingeführt wird, aber im Inland die Steuerbehörden nach wie vor schlechter gestellt werden gegenüber den ausländischen. Das ist nicht nur grundsätzlich stossend, sondern im Rahmen der globalisierten Wirtschafts- und Finanzbeziehungen auf Dauer auch nicht praktikabel.

Darum fordert die SP mittels der Fraktionsmotion [14.3511](#) „Automatischer Informationsaustausch. Gleichbehandlung der Steuerbehörden im In- und Ausland“ den Bundesrat auf, die Gleichbehandlung der in- und ausländischen Steuerbehörden sicherzustellen. Es ist nicht haltbar, dass international der automatische Informationsaustausch in Steuersachen eingeführt wird, aber im Inland die Steuerbehörden nach wie vor schlechter gestellt werden gegenüber den ausländischen. Das ist nicht nur grundsätzlich stossend, sondern im Rahmen der globalisierten Wirtschafts- und Finanzbeziehungen auf Dauer auch nicht praktikabel. Eine konsequente Weissgeldstrategie muss sowohl das Ausland als auch das Inland erfassen.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesrätin, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben

mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz



Christian Levrat
Präsident



Stefan Hostettler
stv. Generalsekretär